

Datenschutzhinweise zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Wir informieren Sie hiermit über den Datenschutz bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (Informationspflichten nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) i.V.m. §§ 82, 82a SGB X).

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Verantwortliche ist:

Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG)
Massaquoipassage 1
22305 Hamburg
Tel. 040 - 5146-0
Fax 040 - 5146-2146
E-Mail: kundendialog@vbg.de

Die Datenschutzbeauftragte erreichen Sie unter der o.g. Anschrift beziehungsweise unter datenschutz@vbg.de.

2. Was ist der Zweck der Verarbeitung?

Die VBG ist verpflichtet, zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung die erforderlichen Daten zu erheben und zu verarbeiten. Die gesetzlichen Aufgaben sind (§ 199 SGB VII):

- die Feststellung der Zuständigkeit und des Versicherungsstatus,
- die Erbringung der Leistungen einschließlich Überprüfung der Leistungsvoraussetzungen und Abrechnung der Leistungen,
- die Berechnung, Festsetzung und Erhebung von Beitragsberechnungsgrundlagen und Beiträgen,
- die Durchführung von Erstattungs- und Ersatzansprüchen,
- die Verhütung von Versicherungsfällen, die Abwendung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie die Vorsorge für eine wirksame Erste Hilfe,
- die Erforschung von Risiken und Gesundheitsgefahren für die Versicherten.

Eine Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten, die für einen konkreten Zweck erhoben wurden, ist nur zulässig, wenn dies für eine andere gesetzlich definierte Aufgabe erforderlich ist (§ 67c Abs. 2 SGB X).

3. Auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre personenbezogenen Daten erhoben und verarbeitet?

Ihre personenbezogenen Daten unterliegen dem Sozialgeheimnis. Personenbezogene Daten sind auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse (§ 35 SGB I). Das bedeutet, dass die VBG diese Daten nur im Umfang der gesetzlichen Bestimmungen nach

dem Sozialgesetzbuch verarbeitet und nur die Beschäftigten der VBG Kenntnis von Ihren personenbezogenen Daten erhalten, die diese Daten zur Aufgabenerfüllung benötigen.

Die VBG ist gesetzlich befugt und verpflichtet, alle erforderlichen personenbezogenen Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 c, e DSGVO i.V.m. §§ 199 SGB VII ff, 67 SGB X ff zu erheben und zu verarbeiten. Da die VBG ihre Aufgabe nur mit vollständigen Daten erfüllen kann, besteht für Sie eine Unterstützungs-, Mitteilungs-, Auskunfts- sowie Anzeigepflicht (§§ 191-193 SGB VII, § 98 SGB X).

Soweit möglich erhebt die VBG die erforderlichen personenbezogenen Daten direkt bei Ihnen. Dies ist jedoch nicht immer möglich. Aus diesem Grund gibt es gesetzliche Ausnahmen von dem Direkterhebungsgrundsatz und es dürfen die personenbezogenen Daten bei anderen Stellen angefordert werden (§ 67a SGB X), wie z.B. von:

- Leistungserbringern (insbesondere andere Unfallversicherungsträger oder deren Spitzenverband, Renten- oder Krankenversicherungsträger sowie die Bundesagentur für Arbeit bzw. Träger der Grundsicherung),
- Staatlichen Behörden für den Arbeitsschutz (Gewerbeaufsichtsämter),
- Registergerichten (Handelsregister, Vereinsregister),
- Meldebehörden, Hauptzollämtern,
- Verwaltungsbehörden für Bußgeldverfahren, Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften,
- Anderen Unternehmen (z.B. bei Unfalluntersuchungen oder Expositionsermittlungen in Berufskrankheitenverfahren),
- Externen Fachkräften für Arbeitssicherheit und externen Betriebsärzten bzw. deren überbetrieblichen Diensten.

Auch für die Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an andere Stellen gibt es gesetzliche Regelungen (siehe 5. Wer erhält Kenntnis von Ihren Daten?).

Neben den gesetzlichen Verpflichtungen/Befugnissen ist eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auch mit Ihrer Einwilligung möglich (Art. 6 Abs. 1 a DSGVO). Sofern eine solche Einwilligung erforderlich werden sollte, werden wir uns im weiteren Verwaltungsverfahren direkt an Sie wenden und Sie über die Bedingungen Ihrer Einwilligung informieren.

4. Welche Kategorien personenbezogener Daten können verarbeitet werden?

Relevante personenbezogene Daten sind

- Allgemeine Personen- bzw. Unternehmensdaten (z.B. Name, Firmenbezeichnung, Anschrift, Kommunikationsdaten, Gesellschaftsform, gesetzliche Vertreter bzw. Mitteilungsempfänger),
- Ordnungsmerkmale (z.B. Mitgliedsnummer, Unternehmensnummer),
- Beitragsdaten (z.B. Beitrags-Soll, Beitrags-Ist, Zahlungspflichtige, Kontodaten für Beitragseinzug, Daten zum Mahn- bzw. Vollstreckungsverfahren, Beitragsberechnungsdaten),
- Katasterdaten (z.B. Anzahl der Arbeitstage, Anzahl der Beschäftigten),
- Unfalldaten/Berufskrankheiten (z.B. Unfallnummer, Datum, Person, Listennummer der Berufskrankheit),
- Präventionsdaten (z.B. Daten zur Arbeitsschutzorganisation im Unternehmen einschließlich Daten zur sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung, Angaben zum Arbeitsverfahren, -abläufen, -stoffen und -mitteln, Angaben zu Tätigkeiten in anderen Unternehmen, Angaben zum Prämienvverfahren, Daten über Gegenstand von Maßnahmen der Beratung

und Überwachung sowie über Feststellungen zu Beanstandungen von Verstößen und deren Nachverfolgung).

5. Wer erhält Kenntnis von Ihren personenbezogenen Daten?

Datenübermittlungen an Stellen außerhalb der VBG erfolgen ausschließlich aufgrund gesetzlicher Übermittlungsbefugnisse (§§ 199 Abs. 2 SGB VII, 67e - 77 SGB X) oder mit Ihrer Einwilligung.

Nach § 224 Abs. 2 Nr. 2. und Nr. 6. Sozialgesetzbuch – SGB VII sind wir zur Erhebung der Daten berechtigt. Aufgrund gesetzlicher Verpflichtung werden diese Daten an das Zentrale Unternehmerverzeichnis bei der Deutschen Gesetzliche Unfallversicherung e.V. weitergeleitet und dort gespeichert.

Weitere mögliche Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten außerhalb der VBG:

- Der Spitzenverband der Deutschen gesetzlichen Unfallversicherung (Lohnnachweis digital, Statistik, Zentrale Expositionsdatenbank),
- Gewerbe- bzw. Ordnungsämter,
- Staatliche Behörden für den Arbeitsschutz (Gewerbeaufsichtsämter),
- Gerichte,
- Bundesagentur für Arbeit, Standesämter, Finanzämter, Hauptzollämter, Ermittlungsbehörden, Insolvenzverwalter und Insolvenzverwalterinnen, Pfändungs- und Abtretungsgläubiger,
- Entleiher im Falle der Haftung bei Arbeitnehmerüberlassung,
- Erbringer von Präventionsleistungen (§§ 14, 23 und 24 SGB VII),
- Übersetzer und Übersetzerinnen, Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland.

6. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die Daten werden solange gespeichert, wie es zur Aufgabenerfüllung einschließlich der Erfüllung der gesetzlichen, satzungsmäßigen oder vertraglichen Aufbewahrungsverpflichtung erforderlich ist.

Die Speicherdauer hängt von verschiedenen Faktoren ab, z.B.:

- Soweit es sich um Akten zur Veranlagung der Unternehmen zum Gefahrarif handelt (Fragebogen, Veranlagungsbescheide usw.) ist die Aufbewahrung bis zum Ablauf der folgenden Gefahrarifperiode erforderlich.
- Soweit es sich um Rechnungsdaten oder rechnungsbegründende Unterlagen handelt, ist eine Aufbewahrungspflicht von sechs bzw. zehn Jahren vorgeschrieben.

7. Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Sie haben jederzeit ein Recht auf Auskunft über Ihre personenbezogenen Daten, die wir verarbeiten und das Recht Ihre Akte einzusehen (§25 SGB X). Einschränkungen sind unter bestimmten Voraussetzungen gesetzlich vorgesehen, insbesondere, wenn Rechte Dritter betroffen sind.

Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, haben Sie auch das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 15 – 18 DSGVO).

8. Ihr Widerrufsrecht

Wurde die Datenverarbeitung mit Ihrer Einwilligung vorgenommen, haben Sie selbstverständlich jederzeit das Recht Ihre Einwilligung zu widerrufen. Beachten Sie jedoch, dass der Widerruf nicht rückwirkend möglich ist, das heißt die bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen bleiben rechtmäßig.

Den Widerruf können Sie gegenüber der Verantwortlichen abgeben (siehe 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?).

9. Ihr Beschwerderecht

Sollten Sie der Ansicht sein, bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in Ihren Rechten verletzt worden zu sein, können Sie sich auch an die Datenschutzaufsichtsbehörde wenden.

Zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde für die VBG ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Graurheindorfer Straße 153
53117 Bonn
Tel. 0228 997799-0
Fax 0228 997799-5550
poststelle@bfdi.bund.de